

System völlig undurchführbar ist. Aber auch wenn für den einzelnen Buchhändler nur die Vertriebsstelle seines engeren Bezirks in Betracht kommen sollte, er also alle Bestellungen auf Karten, auch solche, die andere Bezirke betreffen, nur an diese Stelle abgeben müßte, so halten wir ein derartiges Vertriebssystem auch für unzweckmäßig und undurchführbar. Wenn z. B. ein Buchhändler in Freiburg i. B. Karten der Provinz Ostpreußen zu beziehen wünscht und sich zu diesem Zwecke an eine etwaige Kartenvertriebsstelle in Karlsruhe wenden müßte und diese letztere genötigt wäre, sich die verlangten Karten von der Blankammer in Berlin zu verschaffen, so würden dadurch so starke Verzögerungen und Portokostensen entstehen, daß eine solche Vertriebsweise zu den größten Unzuträglichkeiten führen muß.

Unseres Erachtens lassen sich alle von der Landesaufnahme fundgegebenen Wünsche für den Vertrieb auch im Rahmen des bisherigen Vertriebssystems erreichen.

Ihrer Excellenz brauchen wir nicht noch besonders zu versichern, daß der unterzeichnete Vorstand den größten Wert darauf legt, daß dem deutschen Buchhandel der Vertrieb der Generalstabskarten verbleibt. Das scheint uns aber nur möglich, wenn der ganze buchhändlerische Vertrieb der Karten im Anschluß an die bestehende Organisation des Buchhandels erfolgt. Wenn in Zukunft statt wie bisher mit einer an den Buchhandel angeschlossenen Vertriebszentrale der Verkehr mit einer oder neun außerhalb des Buchhandels stehenden amtlichen Kartenvertriebsstellen unseren Mitgliedern auferlegt werden sollte, so scheint uns der vom königlichen Kriegsministerium gewünschte ersprißliche Geschäftsverkehr aussichtslos.

Wir sprechen deshalb nochmals die Bitte aus, bei der Neuorganisation des Vertriebes der Generalstabskarten auf die bestehenden buchhändlerischen Verhältnisse geneigteste Rücksicht zu nehmen, und erklären uns gern bereit, auf Wunsch durch sachverständige Mitglieder unseres Vereins in Gemeinschaft mit Vertretern des königlichen Kriegsministeriums oder der Landesaufnahme Mittel und Wege zu suchen, wie die Wünsche der Landesaufnahme mit den berechtigten Ansprüchen des Buchhandels in Übereinstimmung gebracht werden können.

Wir sehen einem gefälligen Bescheide gern entgegen und verbleiben

Ihrer Excellenz
ganz gehorsamer

Vorstand

des Börsenvereins der Deutschen Buch-
händler zu Leipzig.

Karl Siegmund,
Erster Vorsteher.

Ein Erzieher des Börsenvereins.

In Nr. 5 der »Allgemeinen Buchhändlerzeitung« hat Herr Hubert Welter in Paris unter dem Titel »Internationale Übereinkunft gegen Schleuderei« einen Artikel veröffentlicht, nach dem die Redaktion des Börsenblattes dessen Aufnahme abgelehnt und dem Einsender anheimgegeben hatte, in sachlicher Weise seinen Standpunkt zu begründen. Wir glauben das Recht der freien Meinungsäußerung noch keinem Berufsgenossen verkümmert zu haben, schon weil wir unsere Aufgabe nicht im Verschweigen wirklicher oder vermeintlicher Übelstände erblicken, sondern eine Besserung unserer Lage nur dann erwarten, wenn sie in das volle Licht der buchhändlerischen Öffentlichkeit gestellt werden und somit jedem Berufsgenossen die Möglichkeit gegeben ist, sich aus dem Für und Wider ein eigenes Bild der Sachlage machen und Mittel und Wege zur Abhilfe vorschlagen zu können. Was unzulänglich und besserungsbedürftig in unserem Berufe ist, wird nicht durch eine Vogelstraußpolitik besser, die Übelstände nicht als vorhanden anerkennt, weil die zu ihrer Aufdeckung Berufenen den Kopf in den Sand stecken und sie nicht sehen wollen. So wird eine Redaktion jeden willkommen heißen, der ihr hilft, Schäden aufzudecken und zu ihrer Beseitigung beizutragen, da ihre Tätigkeit erst dann auf rechten Erfolg rechnen kann, wenn

sie von der Anteilnahme und Unterstützung der Berufsgenossen getragen wird. Ja wir glauben, daß es ungleich verdienstvoller ist, wenn es ihr gelingt, andere zum Reden zu bringen, als wenn sie selbst, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, Stellung zu beruflichen Fragen nimmt. Denn ungleich wichtiger als die persönliche Meinung der Redaktion, der in einem Vereinsorgan ein autoritativer Wert nur dann beigemessen werden kann, wenn sie sich mit der Meinung des Vorstandes deckt, ist die Stellungnahme der Leser zu den einzelnen Berufsfragen, da erst dadurch die Möglichkeit einer Kontrolle und Orientierung für die zur Leitung der Vereinsgeschäfte berufenen Männer besteht. Demnach würde sich die Redaktion einer schweren Unterlassungssünde und Pflichtverletzung schuldig machen, wenn sie gewichtige Stimmen oder unbequeme Mahner zum Schweigen bringen und den Meinungen und Anschauungen der Berufsgenossen nicht so unverfälschten Ausdruck geben würde, daß sich aus ihnen ein zuverlässiges und wahrheitsgetreues Bild der Verhältnisse eines Berufs gewinnen läßt. Sie ist dazu auch umsomehr in der Lage, als sich ihre Stellungnahme nur auf die Prüfung der Frage, ob solchen Meinungsäußerungen ein öffentliches Interesse beigemessen werden kann, und auf formale bzw. preßgesetzliche Vorschriften erstreckt. Auf das erstere, in dem auch Fragen der Taktik eingeschlossen sind, die aus Zweckmäßigkeitsgründen eine zeitweilige Zurückstellung oder dilatorische Behandlung notwendig machen können, darf sie nicht verzichten, wenn sie nicht das Niveau des Blattes herabdrücken oder die Vereinsinteressen schädigen will, während sie auf das letztere nicht verzichten kann, weil sie sich sonst strafbar machen würde. Inwieweit der Redaktion eines Vereinsorgans die volle Verantwortung für dessen Inhalt aufzubürden ist, wird sich nach außen hin schon deswegen nie mit voller Sicherheit feststellen lassen, weil naturgemäß die Vereinsleitung sich eines Einflusses auf ein so wichtiges Instrument nicht begeben darf und für die Haltung eines Blattes in allen wichtigen prinzipiellen Fragen in höherem Sinne, als ihn das Preßgesetz erfasst, mit verantwortlich ist.

Daß aber neben taktischen Fragen auch Fragen des Tactes mitsprechen, könnte als selbstverständlich erscheinen, wenn der Fall Welter nicht das Gegenteil beweisen würde. Ihm müßte besser als jedem anderen, der nicht unmittelbar dem Vorstände des Börsenvereins angehört hat, bekannt sein, daß sich dieser seit Jahren eingehend mit der Frage des Ladenpreisschutzes im Auslande beschäftigt hat, da er ja selbst durch sein Verhalten mehr als einmal dem Vorstände des Börsenvereins infolge eingegangener Beschwerden über ihn Anlaß dazu gegeben hat. Trotzdem sucht er die Rechtfertigung seines Vorgehens in dem Hinweis auf die Stellungnahme des Börsenvereinsvorstandes »in seiner derzeitigen Zusammensetzung« zum Ladenpreis im Auslande, und damit den Glauben zu erwecken, als ob Mangel an gutem Willen oder richtiger Einsicht von dieser Seite aus die Schuld daran trage, daß man mit dem Auslande noch zu keiner Verständigung gekommen sei. Auch ohne auf seine Korrespondenz mit den früheren Vorständen des Börsenvereins zurückzugreifen, müßte er wissen, daß er es lediglich der praktischen Unmöglichkeit der Durchführung eines internationalen Preisschutzes unter den damaligen und den heutigen Verhältnissen zu danken hat, daß den gegen ihn erhobenen Beschwerden keine Folge gegeben werden konnte. Er müßte weiter wissen, daß gerade »die gegenwärtige Zusammensetzung« des Vorstandes auch den leisesten Verdacht eines eigennützigen, persönlichen Interesses an dieser Frage ausschließt, wie er ihn aus seiner Vorstellungswelt heraus gegen ein früheres Vorstandsmitglied in vagen Anspielungen aussprechen zu müssen glaubte. Nicht minder fadenscheinig ist der »zunächst« von Herrn Welter für sein Vorgehen angeführte Grund, nämlich »die von der Redaktion des Börsenblattes vertretene Ansicht, daß deutsche Buch, stehe trotz festliegendem Ladenpreise gleich Zucker, Getreide und Alkohol, die immer und überall nur Alkohol, Getreide und Zucker mit fluktuierendem Werte und Preise sind, auf dem internationalen Markt in Konkurrenz mit den Erzeugnissen anderer Länder, und die Preis-schleuderei sei daher ein notwendiges Übel«.